

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.
1947-1949
1947**

53 (28.10.1947)

DAS NEUE BADEN

ZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR SÜD- UND MITTELBADEN

Erscheinungstage: Dienstag und Freitag / Monatsbeitrag: Mk 1,60 einsch. Trägerlohn, durch die Post Mk 1,84 / Anzeigen nach Tarif gegen Kennkartenschein / Anzeigen- und Redaktionschluss Mittwoch und Samstag 14 Uhr

KREISAUSGABE

STADT UND LANDKREIS LAHR

Telefon: Verlag u. Redaktion Lahr 2365 / Postbankkonto: Deutsche Bank, Zweigst. Lahr / Konten durch höh. Gewalt / Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr

Heute mit Bericht vom Parteitag der DP

NR. 53 / 1. JAHRG.

DIENSTAG, DEN 28. OKTOBER 1947

PREIS 20 PFENNIG

Vertrauensvotum für die Politik der Demokratischen Partei

Letzter Fünk

München. Die Kommunisten haben gegen den Ausschluß aus dem Landtag, für den ihnen auf Grund der Wahlergebnisse kein Mandat zugesprochen wurde, Einspruch erhoben.

Berlin. Der Befehlshaber des russischen Sektors entloh drei Berliner Bürgermeister ihres Postens, da sie Maßnahmen der Holzversorgung sabotiert haben sollen.

Berlin. In Frankfurt (Oder) ist der 300 000. Kriegsgefangene aus der Sowjetunion angekommen.

Bern. Die Wahlen zur Erneuerung der Bundesversammlung verliefen überall ohne Zwischenfälle.

Warschau. Die Flucht des Leiters der polnischen Bauernpartei, der zugleich Führer der Opposition im Parlament ist, wurde bestätigt.

Washington. Der amerikanische Verteidigungsminister erklärte in einer Rede, die USA besäßen trotz der Demobilisierung die größte Marine der Welt.

Zwischen FREITAG und MONTAG

Deutschland. Ein Gesetz über Straffreiheit bei Kriegsdienstverweigerung wurde vom bayerischen Landtag angenommen. — Eine Konferenz der Verkehrsminister der Bizone wurde in Bad Godesberg eröffnet. Die Ernährungsminister der Bizone beraten am 28. Oktober in Frankfurt — England. Bei einem Eisenbahnunglück in Croydon wurden 25 Personen getötet und etwa 200 verletzt. — Tschechoslowakei: Die Regierung hat einen Versorgungsplan angenommen, der zahlreiche und bedeutende Lebensmittelbeschränkungen enthält. — Spanien: In Madrid fanden englandfeindliche Kundgebungen statt. — Griechenland: Die Kämpfe um die Stadt Metsovo haben ein bedeutendes Ausmaß angenommen. Ein Großangriff griechischer Partisanen wurde zurückgeschlagen. An den Kämpfen waren Artillerie und Luftwaffe beteiligt.

Die Gemeindewahlen in Frankreich

Paris. Am Sonntag schritt in Frankreich die Bevölkerung der 14 800 Gemeinden unter 9000 Einwohner zur Wahlurne. — Eduard Herriot wurde wiederum zum Bürgermeister von Lyon gewählt. Er bekleidet dieses Amt seit dem Jahre 1905.

Konferenz der Wirtschaftsminister der französischen Zone

Tübingen. Wie der Südens-Vertreter erfährt, werden sich die Wirtschaftsminister der drei Länder der französischen Zone am 7. November in der Nähe von Freiburg zu einer Besprechung treffen, in deren Verlauf die wirtschaftliche Lage der Zone nach der Bekanntgabe der bevorstehenden Demontage von 31 Fabriken in der Zone besprochen werden wird.

WELTNACHRICHTEN IN KÜRZE

Beschleunigter Abzug britischer Truppen aus Palästina. Die Effektivbestände der in Palästina stationierten britischen Truppen sollen beträchtlich vermindert werden.

Österreich erhält neues Geld. Da die Ausgabe neuer Münzen mit der Währungsreform zusammenhängt, ist vorgesehen, alle in Österreich umlaufenden deutschen Münzen außer Kurs zu setzen. Weiter soll die Banknote zu ein und zwei Schilling durch neue österreichische Schilling-Münzen ersetzt werden.

Die japanische Bevölkerungsziffer stieg im vergangenen Jahre um fünf Millionen an und überschreitet bereits die 78 Millionenengrenze. Wie aus den Statistiken weiter hervorgeht, herrscht ein Frauenüberschuß von drei Millionen.

Die Gemeindewahlen in Norwegen. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Norwegen zeigen einen Sieg der Rechtsparteien. So haben die Konservativen 225, die Agrarpartei 221, die Radikalen 182, die Christlichen 56 und die Nichtsozialistische Koalition 121 Sitze gewonnen, während die Sozialisten 122 und die Kommunisten 158 Sitze verloren haben.

Wiedervereinigung Osttirols mit Nordtirol. Anlässlich der Wiedervereinigung Osttirols mit Nordtirol fand in Linz der feierliche Akt der Urkunden-Unterzeichnung durch die Landeshauptleute von Tirol und Kärnten statt. In einer gemeinsamen Sitzung der Kärntner und Tiroler Regierung wurde beschlossen, die Rückgliederung in die Verwaltung des Bundeslandes Tirol bis zum 31. 12. 1947 durchzuführen.

Die Entschließung des Lahrer Parteitages

Der Lahrer Parteitag nahm am Schluß seiner zweitägigen Beratung und nach eingehender Aussprache am Sonntag nachmittag unter einmütiger Zustimmung der Teilnehmer aus dem ganzen Lande die nachstehende Entschließung an:

Der Parteitag spricht der Parteileitung und Fraktion Dank und Vertrauen für die bisher geleistete Arbeit und politische Stellungnahme aus und bittet sie, an dieser grundsätzlichen Linie festzuhalten. Als vordringliche Aufgabe auf staatspolitischem Gebiet steht der rasche Abschluß des Entnazifizierungsverfahrens nach Recht und Gerechtigkeit unter Würdigung des Grundsatzes, daß nicht die politische Gesinnung als solche, sondern völkerrechtliche und strafrechtliche Verbrechen sowie persönliche Bereicherung zum Nachteil der Allgemeinheit unter Ausnutzung der Parteizugehörigkeit bestraft werden.

Die täglich stärker hervortretenden Korruptionserscheinungen in allen Zweigen des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens sind die Folge einer Personalauswahl nach politischen und nicht nach sachlichen Gesichtspunkten. Verfehlungen sind sühnlos zu verfolgen. Die Ueberbürokratisierung und Erweiterung des Staatsapparates durch Schaffung neuer Dienststellen steht in grobem Widerspruch zur Notlage des Volkes und schädigt das Ansehen der Demokratie.

Die ernste Wirtschaftslage unseres Landes verlangt eine von parteipolitischen Doktrinen freie, — auf der Selbstverantwortung und der Selbstinitiative des Einzelnen beruhende Wirtschaftsführung. Wiederaufbau und Reparationsleistungen sind ohne Einstellung der Demontagen und Beseitigung der wirtschaftlichen Zonenengpässe nicht möglich. Die Schaffung einer Europäischen Zollunion ist Programmpunkt der Demokratischen Partei. Die Erhaltung des Wirtschaftsriedens verlangt die verfassungsmäßige Vereinigungsfreiheit von Arbeitern und Unternehmern. Beide sind nicht trennend, sondern eng verbundene Faktoren unseres Wirtschaftslebens mit der Zielsetzung, die soziale Lage aller Schaffenden auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes, der Sozialversicherung und des Lebensniveaus der Bevölkerung des ethischen Wertes der Arbeitskraft anzupassen. Eine sofortige Ermäßigung des Steuerdruckes ist die Voraussetzung für die Steigerung der Leistungsfähigkeit in allen Zweigen der Wirtschaft und für eine gesunde Sozialpolitik.

Stadt und Land sind nicht Gegensätze, sondern sich gegenseitig ergänzende Bestandteile unseres Wirtschaftslebens. Der Landwirtschaft gebührt Dank für ihren unter schwierigsten Verhältnissen bewiesenen selbstlosen Einsatz für die Volksernährung. Strafen und Kontrollmaßnahmen führen zur Erzeugerverdrossenheit, Hilfe und Rat durch Bereitstellung des erforderlichen Saatguts und von Düngemitteln, sowie der lebensnotwendigen Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs fördern die Erzeugungsfreudigkeit und das Selbstverantwortungsgefühl. Prioritätsrechte von Gemeinden und Betrieben sind nicht gerechtfertigt und daher zu beseitigen. Eine ausreichende Ernährung wird nur durch eine zusätzliche Nahrungsmittelleinfuhr auf Grund einer Exportsteigerung mit Hilfe der dadurch anfallenden und verfügbaren Devisen gewährleistet.

Eine im christlichen Wesen wurzelnde und in der bewährten Simultanschule geformte Lebensanschauung bietet Gewähr für eine Staats- und Lebensmoral, die Eigentum und Gesetz achtet, den Krieg verwirft und als höchste Vollendung menschlichen Schaffens die Erhaltung des Friedens erstrebt. So werden die Taten dieses Krieges und seine Opfer, für die zu sorgen selbstverständliche Pflichterfüllung bedeutet, geehrt. Wir erbitten die baldige Heimkehr unserer Kriegsgefangenen, nach denen sich Eltern, Frauen und Kinder in stummer Sehnsucht verzehren.

Der Parteitag fordert seine Anhänger in Stadt und Land auf, in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht unter Einsatz der letzten Kraft an dieser Aufgabe mitzuarbeiten, die uns die Heimat erhalten, unseren Kindern die Zukunft schaffen und der Welt den Frieden sichern soll.

Einberufung des amerikanischen Kongresses

Paris. Eine sensationelle Meldung kommt aus Amerika. Präsident Truman hat den amerikanischen Kongreß zu einer außerordentlichen Tagung auf den 17. November einberufen. Eine außerordentliche Einberufung des Kongresses ist ein seltenes Ereignis in der parlamentarischen Geschichte Amerikas. Das letzte Mal geschah dies im September 1939, als Präsident Roosevelt durch den Kongreß das Gesetz über die Neutralität abändern ließ.

In einer Pressekonferenz betonte Präsident Truman, daß sich der Kongreß in einer außerordentlichen Tagung im November sowohl mit der Frage einer dringenden Hilfe an Europa wie mit der Frage der wachsenden Teuerung der Lebenshaltungskosten in USA beschäftigen würde. Der Präsident erklärte, daß gewisse Länder in Westeuropa ihre finanziellen Mittel völlig erschöpft hätten und nicht mehr in der Lage seien, die für die Bevölkerung unerläßlichen Lebensmittel und Brennstoffe einzukaufen, um den kommenden Winter zu überstehen. Was insbesondere Frankreich angehe, so könne es mit dem gegenwärtig der amerikanischen Regierung zur Verfügung stehenden Fonds seine Mindesteinfuhrbedürfnisse nur noch bis Ende Dezember decken. Für Italien sei eine Soforthilfe noch dringender, da dessen Mittel noch vor Ablauf dieses Jahres zu Ende gingen. Der Kongreß werde sich in seiner Novembertagung mit der Ingangsetzung des Marshallplanes, ganz besonders aber mit der Frage einer verstärkten

Soforthilfe an die notleidenden europäischen Länder, beschäftigen.

Letzten Nachrichten aus Washington zufolge soll Präsident Truman die Absicht haben, für die geplante Europahilfe eine besondere Organisation, eine zentrale Einkaufs- und Verteilungsstelle, zu schaffen, die verhindern soll, daß die Preise auf dem inneramerikanischen Markt weiter in die Höhe schnellen. Dieses Projekt soll im Mittelpunkt der Beratungen der Novembertagung des amerikanischen Kongresses stehen. Man erklärt ferner in unterrichteten Kreisen in Washington, daß sich der Betrag, der für die provisorische Hilfe an Europa in Aussicht genommen sei und über den der Kongreß endgültig entscheiden werde, auf etwas mehr als 1 Mrd. Dollar belaufe, und zwar sollen hiervon Frankreich 357 Mill., Italien 285 Mill., die besetzten Gebiete in Deutschland 400 Mill. und Oesterreich 20 Mill. erhalten. Diese Kredite sollen den betreffenden Nationen ermöglichen, bis zum 31. März nächsten Jahres, d. h. bis zu dem Termin durchzuhalten, an dem voraussichtlich der Marshall-Plan in Kraft treten wird. Die verhältnismäßig hohe Summe für die besetzten Gebiete in Deutschland wird damit erklärt, daß die Vereinigten Staaten demnach einen Teil der bisher von Großbritannien in der Doppelzone getragenen Kosten mit übernehmen würden. Man rechnet in amerikanischen Regierungskreisen damit, daß der Kongreß diese für die Soforthilfe notwendigen Übergangskredite noch vor Weihnachten verabschiedet wird.

Rede Marshall's vor dem „Forum“

New York. Der amerikanische Staatssekretär Marshall hielt vor dem alljährlich zusammentretenden „Forum“ der „New York Herald Tribune“ eine Rede, in deren Verlauf er sich insbesondere mit dem Hilfsbedarf Europas befaßte. Der Staatssekretär wies darauf hin, daß es „für die Vereinigten Staaten von lebenswichtiger Bedeutung ist, die europäische Zivilisation zu retten“. Er erklärte ferner: „Wir können gegenüber dem Schicksal dieser Nationen, die sich an uns um Hilfe wenden, nicht gleichgültig bleiben. Es handelt sich hierbei um Menschen, die mit uns hinsichtlich der internationalen Beziehungen einer Auffassung sind, und wir brauchen ihre Zusammenarbeit, um unser Ziel, die Herstellung des Friedens in der Welt, zu erreichen.“ Abschließend kritisierte Marshall die Bezeich-

nung „Marshall-Plan“. Er betonte, daß es sich hierbei keineswegs um einen Plan handle, sondern lediglich um eine „Anregung“. Der Staatssekretär schloß mit den Worten: „Die vorbereitende Phase ist abgeschlossen, wir haben den Augenblick erreicht, in dem es zu handeln gilt.“

„Entwaffnung Deutschlands vollendet“

London. „Die Entwaffnung Deutschlands ist tatsächlich abgeschlossen“, erklären in einem Bericht der Budgetkommission des Unterhauses die Abgeordneten sämtlicher Parteien, die sich in die britische Besatzungszone begeben hatten. „Die Entmilitarisierung Deutschlands durch die Demontage steht aber erst an ihrem Anfang.“

Erlebte Demokratie

Zwei Tage lang stand die Stadt am Ausgang des Schuttertals, die Stadt der krummen, winkligen Gassen, im Zeichen des Parteitags, des ersten, den die Demokratische Partei Süd- und Mittelbadens abgehalten hat, die jüngste der vier zugelassenen Parteien der Südzone. Die Anwesenheit von nahezu vierhundert Delegierten der Kreis- und Ortsvereine aus dem ganzen Lande, der Gäste und auch die großartige öffentliche Kundgebung erfüllten die Stadt mit dem starken politischen Pulsschlag, der demokratischen Parteitagen eigen zu sein pflegt, besonders wenn sie so gut demokratischen Boden vorfinden wie in Lahr. Der „Lahrer Prozeß“, in dem vor 170 Jahren die Bürger um das Recht kämpften, ihren Bürgermeister selbst wählen oder absetzen zu dürfen, ist in die Geschichte eingegangen. Als drüben, in den Landen links des Rheins, die Französische Revolution aufloste mit ihrer Verkündung der Menschenrechte, da tanzten auf ihrem Sonnenplatz die Lahrer die Carmagnole, und vom „Dillinger Zollkriege“ her, wo die freihetlich gesinnte Bevölkerung axt- und pickelbewehrt und mit dem Stadtrat an der Spitze Zollstock und Schlagbaum zerschlugen — auch das ist schon 145 Jahre her — mögen sich in mancher Familie heute noch behütete Erinnerungstücker finden. Mehr als einer ist von der Schutter in das Karlsruher Ständehaus gezogen, der Feuerkopf v. Liebenstein, Lotzbeck, Vorkämpfer des Deutschen Zollvereins, und als vor hundert Jahren landauf landab die Freiheitsidee das badische Volk in Bewegung setzte, da trat in Lahr neben der bewaffneten Bürgerwehr auch der erste Demokratische Verein auf den Plan.

Wie gesagt, der Genius loci, der diesem Parteitag Pate stand, ist gut demokratisch ebenso wie jener in Schweizingen, jenseits der Zonenengrenze, wo des neugewonnenen Badens getreuer Ekkehard, der Alemanne Johann Peter Hebel, fern seinem geliebten Wiesental gestorben ist. Dort hielt gleichzeitig wie die süd- und mittelbadischen Demokraten die Schwesterpartei der US-Zone, die Demokratische Volkspartei, ihren diesjährigen Zonenparteitag ab, und hier wie dort war es der Gleichklang der Seele, das gleiche Bekenntnis zur demokratischen Weltanschauung, das nicht nur von Lippen kam, sondern aus warmem deutschem Herzen und sich zum Gelöbnis demokratischen Handelns und Kämpfens verdichtete. Sie ist nicht wortreich, die Sprache, die man am Oberrhein spricht, und immer hat man hier Tat und Leistung für wichtiger gehalten denn Gefühle. Auch jetzt noch hält man es gerne mit jenem Worte, das Gottfried Keller einmal schrieb: „Es ist gesünder, nichts zu hoffen und das Mögliche zu schaffen, als zu schwärmen und nichts zu tun“. Und doch schwang eine Hoffnung über Zonenengrenzen hinweg, die auch in dem Lahrer Parteitagsprogramm nach Nordbaden ihren Niederschlag fand, die Hoffnung der baldigen Wiedervereinigung der jetzt getrennten Gebiete.

Politik verlangt Mut und Opferbereitschaft, die ganze Persönlichkeit in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Es ist bezeichnend, daß es eine Frau war, die Freiburger Abgeordnete Dr. Hildegard Teutsch, die diesen Fundamentalsatz in ihrem Appell an die Frauen mit einer Deutlichkeit herausarbeitete, die bei keinem, der es ernst mit deutschem Wiederaufbau und Wiedergesundung der deutschen Menschen nimmt, ein Ausweichen zuläßt. Gewiß, angesichts des Uebermaßes der Aufgaben, die auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet unserer harren, gehört viel Idealismus, Selbstlosigkeit und Pflichtgefühl dazu, gleich weit von stumpfer Resignation und historischem Ressentiment; ihre Lösung erfordert verantwortungsbewußte Demokratie und tatbereite Demokraten. Dieser politische Idealismus und diese politische Sachlichkeit gebar auch das unverklauselte, vorbehaltlose Bekenntnis des Parteitages zu Verständigung und friedlicher Zusammenarbeit der Völker, wert der ganzen Kraft unserer Herzen, würdige des heftigsten Strebens der Jugend und Ausfluß einer im christlichen Wesen wurzelnden Staats- und Lebensmoral, wie es in dem Parteitag einstimmig angenommenen Entschließung heißt. Dieses Bekenntnis zu Friede und Völkerverständigung schließt von vornherein die unbedingte Bereitschaft zur Wie-

Landesvorsitzender Dr. Paul Waeldin:

Politik der Gegenwart

Wo bleibt die Initiative der Regierung? — Der Staat soll nicht bewirtschaften, sondern verwalten — Für ein großes westeuropäisches Freihandelsgebiet

Den Höhepunkt des Landesparteitags bildete die große Rede des Landesvorsitzenden Dr. Waeldin am Sonntag vormittag. Seine Ausführungen spiegeln nicht nur die große deutsche Not auf wirtschaftlichem, inner- und außenpolitischem Gebiet wider, sondern sie zeigten auch Wege auf, die zur Wiedergesundung Deutschlands im Rahmen eines geeinten Europas führen.

Nachdem der herzliche Beifall, mit dem der Parteitag den Führer der badischen Demokraten begrüßte, sich gelegt hatte, führte Dr. Waeldin im einzelnen aus:

Am 19. Mai ds. Js. hatte das badische Volk nicht nur den Landtag zu wählen, sondern auch abzustimmen über Annahme oder Ablehnung der Verfassung. Im Wahlkampf sprachen sich die BCSV und wir für die Annahme aus, die beiden Parteien der Linken dagegen empfahlen Ablehnung der Verfassung wegen der darin enthaltenen Artikel über „Arbeit und Wirtschaft“. Die Parole lautete: „Planwirtschaft oder freie Wirtschaft!“

Wie hat nun das badische Volk entschieden? Mit rund 297 000 Stimmen, gleich 68 Prozent, wurde die Verfassung angenommen, und rund 140 000 Stimmen, gleich 32 Prozent, haben sie abgelehnt.

Das Volk hat sich also mit überwältigender Mehrheit für die freie Wirtschaft entschieden und die Zwangswirtschaft abgelehnt.

Es bestand bei uns kein Zweifel darüber, daß bei der Bildung der neuen Regierung auf parlamentarischer Grundlage diesem Wahlergebnis Rechnung getragen werden mußte. Die Sozialdemokratische Partei, welche ihre Anhänger aufgefordert hatte, gegen die Verfassung zu stimmen, hat aber sofort Anspruch auf Besetzung des Ministeriums des Innern und des Wirtschaftsministeriums erhoben. Das letztere liegt in dem allgemeinen Streben der SPD, in allen deutschen Ländern die Wirtschaftslenkung in die Hand zu bekommen. Der Anspruch ist m. E. nur da berechtigt, wo die Wahl umgekehrt ausgefallen ist wie bei uns, wie z. B. in Hessen, wo die Sozialdemokratische Partei über eine Mehrheit verfügt wie bei uns die Christlich-Sozialen. Auch die Vertreter der BCSV waren zu Beginn der Verhandlungen derselben Ansicht wie wir.

Diese Gegensätze traten auch zutage bei der Wahl des Staatspräsidenten, indem die Sozialdemokratische Partei ihre Zustimmung von der Gewährung gewisser Zusicherungen abhängig machte. Wir haben in loyaler Weise unsere Stimme dem Vertreter der BCSV, dem heutigen Staatspräsidenten Herrn Wohleb, gegeben, ohne auch nur im entferntesten irgendwelche Gegenleistungen zu fordern. Obwohl sich die BCSV anfänglich zu 100 Prozent mit unserem Standpunkt einverstanden erklärte, hat sie dann nachgegeben, wie man überhaupt das Empfinden hat, daß in der derzeitigen Regierung die SPD einen viel stärkeren Einfluß ausübt, als ihr nach der Zahl ihrer Mandate zusteht. (Sehr richtig!)

Wir konnten diese Mißachtung des Volkswillens, der sich eindeutig gegen die gelenkte Wirtschaft ausgesprochen hat, nicht mitmachen und stehen daher zu der derzeitigen Regierung in Opposition und werden darin verbleiben. (Beifall)

Wenn wir uns die Leistungen unserer derzeitigen Regierung ansehen, so wird sie gewiß nicht ermutigend. Anstatt die Führung zu übernehmen, hat man den Eindruck, daß sie sich hin und her treiben läßt, und jener hohe französische Beamte hat sicher recht gehabt, wenn er sagte: „Der Landtag zeigt viel mehr Initiative wie die Regierung.“ Trotz der ungeheueren Notlage, in der wir uns befinden, hat sie sich noch nicht aufraffen können, uns einen Gesetzentwurf von irgend einer Bedeutung vorzulegen. Ueber die wichtige Frage der Versorgung mit Kartoffeln hat man den Landtag nicht befragt. Man hat ihm dafür harmlose Angelegenheiten wie zum Beispiel einen Entwurf betreffend Änderung des Gesetzes über die Geschlechtskrankheiten, oder einen Entwurf betr. Disziplinargewalt über Wachmannschaften vorgelegt. Dafür hat die notleidende Bevölkerung keinerlei Verständnis, und dieser Zustand wirkt sich zu einer zunehmenden Mißachtung vor demokratischen Einrichtungen aus.

Gegen Bewirtschaftungs-Epidemie!

In der Regierungserklärung vom 4. August dieses Jahres heißt es: „Die Bürokratisierung der Wirtschaft war noch immer ein Zeichen der Wirtschaftsnote; sie möglichst bald einzuschranken, ist die Absicht der Regierung.“ Trotzdem wurde das Wirtschaftsministerium ausgerechnet mit dem Vertreter einer Partei besetzt, die die Zwangswirtschaft als das größte Heil anpreist und sie verewigen will. Man hat uns von jener Seite den Vorwurf gemacht, daß in dieser unserer Einstellung Zweifel an der Verfassungstreue der Sozialdemokratischen Partei enthalten seien. Ich habe bereits im Landtag erklärt, daß die Sozialdemokratische Partei als demokratische Partei bestimmt der Verfassung die Treue halten wird. Ich habe aber damals schon darauf hingewiesen, was alles im Wege der Verwaltung angerichtet werden kann, und die Entwicklung hat mir recht gegeben. Die Früchte sind deutlich zu erkennen.

Statt Abbau, erleben wir einen Aufbau der Wirtschaftsbürokratie. (Sehr richtig!) Gibt es denn außer Luft und Wasser über-

haupt noch etwas von Bedeutung, das noch nicht bewirtschaftet und damit verwirtschaftet ist? Sogar die Weidenruten für Körbe kann man nicht ruhen lassen; sie müssen ebenfalls unter das Joch der Zwangsbewirtschaftung gebracht werden. Es scheint, daß im Wirtschaftsministerium eine reine Bewirtschaftungs-Epidemie ausgebrochen ist. Der beste Beweis hierfür ist die Bewirtschaftung der Glühbirnen. Von Fachleuten wurde der maßgebende Stelle vor 1½ Jahren der Vorschlag gemacht, den Anfall an verschiedene Sektoren aufzuteilen und es diesen zu überlassen, wie sie dieselben an die Bevölkerung zur Verteilung bringen sollten. Aber es hieß, das ist Mangelware, die muß bewirtschaftet werden, und man hat die staatlichen Wirtschaftsämter mit der Verteilung betraut.

Gegen Staatssozialismus

Sie sehen, meine Damen und Herren, zu welchen Auswüchsen diese staatlich gelenkte Wirtschaftsbürokratie führt. Ich darf daran erinnern, daß wir den Staatssozialismus schon als Morgengabe des Dritten Reiches bekommen haben, nämlich seit dem 1. April 1934 mit Einführung des Vierjahresplans.

Wir verlangen, daß die in der Verfassung verankerten wirtschaftlichen Grundrechte der Gewerbe- und Vertragsfreiheit auch durchgeführt werden. (Beifall)

Um nicht mißverstanden zu werden, darf ich darauf hinweisen, daß eine gewisse Planung in jedem Staat immer bestehen muß. Die Geld-, Kredit-, Zoll- und Wirtschaftspolitik, sowie die Verkehrsmittel bedürfen einer gewissen Aufsicht des Staates, wie das früher auch gewesen ist. Aber der Staat selbst soll nicht Funktionen ausüben, die ihm nicht zustehen. Er soll nicht bewirtschaften, er soll verwalten. Wo Zwangswirtschaft besteht, da entsteht Mangel mit seinen trüben Nebenerscheinungen, nämlich dem schwarzen und grauen Markt und einer Korruption, die von Tag zu Tag im Steigen begriffen ist.

Ich bin mir darüber im Klaren, daß die Abschaffung der Planwirtschaft, so wie die Dinge heute liegen, von heut auf morgen nicht durchgeführt werden kann. Insbesondere auf dem Sektor der Ernährung können wir ohne eine Lenkung von Getreide, Milch und Fett usw. vorerst nicht auskommen. Aber es gibt eine ganze Menge von Gegenständen des täglichen Bedarfs, von denen ich überzeugt bin, daß sie in ganz kurzer Zeit dem Konsum zur Verfügung stehen würden, wenn man ihre Herstellung und ihren Ver-

trieb freigeben würde. Wenn wir das Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt in die Hand nehmen, so lesen wir nichts anderes als Beschlagsverordnungen wie: „Die diesjährige Ernte an Kartoffeln, an Oelsaaten, an Wein ist beschlagsnah.“ Bei allem Verständnis für eine gerechte Verteilung sollte doch auf manchem Gebiet die Bewirtschaftung aufgelockert werden.

Ein weiteres typisches Beispiel für die „Segnungen“ der Zwangswirtschaft ist folgendes: Im bekannten Weinort Durbach befindet sich ein caritatives Heim. Dieses erhielt eine Zuteilung von 70 Liter Wein, abzuholen in — Tübingen! Eine Stelle, die mitten im Weinbaugebiet liegt, muß jedenfalls zur Entlastung der Transportmittel den ihr zugedachten Wein in Tübingen holen lassen. Das ist ebenso unsinnig, wie wenn man einer hiesigen Ofenfabrik die Verfügung über die Hälfte ihrer Produktion wegnehmen und einer Eisenhandlung in Villingen übertragen will.

Unser Ziel ist Hebung des Lebensstandards unseres Volkes durch Vermehrung und Verbesserung der Erzeugung durch freie Initiative.

Wir verlangen die Wiederherstellung eines echten Wettbewerbs der Leistung und nicht Schutz des Faulen, wie es im Dritten Reich, in dem alles vorgeschrieben war, Einkauf, Produktion, Verkauf, Gewinn usw. der Fall war. Unser Ziel ist die Schaffung möglichst vieler vom Staat unabhängiger Existenzen. Wir sind uns aber dessen bewußt, daß bei aller Freiheit auch die wirtschaftliche Freiheit da ihre Grenzen hat, wo sie sich zum Nachteil des Gemeinwohles auswirkt.

Gerade um unsere individualistische Weltanschauung durchzusetzen, bekämpfen wir die Macht der Konzerne, Monopole und Kartelle. Wir wünschen aber nicht, daß an ihre Stelle der Staat gesetzt wird. (Sehr richtig!)

Es darf nicht sein, daß der Mensch dem Staat geopfert wird, sondern der Staat hat sich für den Menschen einzusetzen. Von dem im freien Wettbewerb stehenden freien Unternehmertum fordern wir größtes soziales Verständnis und Taten, damit die Lebenshaltung und die soziale Lage aller Schichten der Bevölkerung der Bedeutung des ethischen Wertes der Arbeit angepaßt wird.

Ausland und Sozialisierungspraxis

Nun wird viel von Sozialisierung und Ueberführung der Produktionsmittel in Gemeinschaftsbesitz geredet und geschrieben. Gemäß unserer Grundeinstellung können wir eine Sozialisierung nur bei solchen Wirtschaftszweigen gut heißen, die zwangsläufig Monopolcharakter haben, wie Eisenbahn, Gas-, Wasser- und Stromversorgung. Von da ab, mit Ausnahme der Bergwerke, sollten Grenzen gezogen werden, und man sollte die Finger weg lassen von der Verstaatlichung weiterer größerer Betriebe.

Man hat bereits in der ganzen Welt erkannt, daß der Staatssozialismus nicht das bringt, was man von ihm erwartet hat. Wer in Rußland gewesen ist, weiß, unter welchen Verhältnissen dort die Arbeiterschaft lebt, und wer das nicht aus eigener Anschauung kennt, darf nur die Berichte lesen, die aus der Ostzone kommen. Dort ist erst neulich vom Leiter der Staatsbetriebe ein Befehl Nr. 28 der SMA für Thüringen herausgekommen, der den Betriebsräten jede Einmischung in die Verwaltung der landeseigenen Betriebe verbietet. (Hört!)

Verlängerte Arbeitszeit, weniger Freizeit und weniger zu sagen, das ist der Erfolg für die Arbeiterschaft, und ich glaube, wenn heute in der Ostzone freie Abstimmungen stattfinden könnten, so wäre das Ergebnis gegen die Verstaatlichung.

Wir sind Anhänger der Koalitionsfreiheit für jeden Beruf und infolgedessen erkennen wir auch der Arbeiterschaft ohne weiteres das Recht zu, in den Betrieben durch die Betriebsräte mitzubestimmen bei allen Fragen, die die Arbeiterschaft angehen, und wir gestehen ihnen auch das Recht der Mithberatung in den Fragen der Produktion zu. Aber so weit darf es nicht kommen, daß der Unternehmer nur noch dazu da ist, das Risiko zu tragen, und daß sich die Betriebsräte auf seine Kosten bei den anderen Werksangehörigen beliebt machen.

Ich bin nicht der Ansicht wie so viele Andere, daß nur der Sozialismus allein Glück und Heil über die Welt bringen könnte. Wenn man die wirtschaftlichen Vorgänge auf der ganzen Welt, insbesondere den Erfolg der zum Teil mit Gewalt im Eiltempo in einzelnen Ländern vorgenommenen Sozialisierung am geistigen Auge vorüberziehen läßt, so wird man mir rechtgeben, wenn ich sage, man fängt allmählich an, hellhörig zu werden. In der Schweiz ist im vergangenen Sommer der Versuch eines staatlichen Eingriffs in das Straßenverkehrswesen im Wege der Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden. In Amerika, in Kanada und in vielen anderen Staaten wird die Sozialisierung sogar von den Gewerkschaften abgelehnt. Auf dem internatio-

Aber diese kann nicht so weit gehen, daß die Existenz unseres eigenen Volkes in Frage gestellt wird. (Sehr richtig!) Ein verhungertes und verarmtes Volk kann keinerlei Wiedergutmachung leisten, es ist unmöglich, daß man die Henne, die die goldenen Eier legen soll, vorher abschlachtet. Deshalb ist es ausgeschlossen, daß unsere Produktion auf einen erträglichen Stand gebracht wird und Reparationslieferungen durchgeführt werden können, wenn die in den drei westlichen Zonen angekündigten Maschinendemontagen durchgeführt werden. Die Demontage der ausgesprochenen Kriegsindustrie ist jedermann verständlich, die der übrigen Produktionswerkstätten aber wird allgemein als ungerecht empfunden. Die Berliner Oberbürgermeisterin, Frau Luise Schroeder, hat durchaus recht, wenn sie sagt: „Wenn weiter so demontiert wird, so wird das eigene Leben demontiert.“

Die Pariser Zeitung „Le Monde“ hat geschrieben: „Der am 29. August ds. Js. beschlossene Plan, der ein erhöhtes Industrie-Niveau vorsieht, ist mit dem demokratischen Programm unvereinbar, und in vielen Zeitungen des Auslandes ist zu lesen, daß die Demontage eine ungeheure Maßnahme wirtschaftlicher Zerstörung bedeutet just im gleichen Augenblick, in dem die englisch-amerikanische Politik sich ernsthaft für den Wiederaufbau Westdeutschlands entschieden hat.“

Unsere Ernährung, selbst in bescheidenstem Maße, kann nur durch zusätzliche Einfuhr einigermaßen garantiert werden, und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel wird nur dann möglich sein, wenn die Prioritäten irgendwelcher Art in den Gemeinden wie in den Betrieben abgeschafft werden. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, die uns in den Stand versetzen, mit unserer Exportkundschaft im Ausland wieder frei zu verkehren. Insbesondere ist die Genehmigung von Devisenkrediten unerlässlich. Nicht durch die Ausfuhr von Rohstoffen, sondern von hochwertigen Industrieerzeugnissen wird es uns möglich sein, für den Gegenwert Nahrungsmittel und Rohstoffe einzuführen, die wir vordringlich benötigen.

Marshall-Plan und Kominform

Aber weit bedeutungsvoller, weil in seinen Auswirkungen auf ganz Europa berechnend, ist der Marshall-Plan. Zunächst darf ich darauf aufmerksam machen, daß es sich überhaupt nur um einen „Plan“ handelt. Ebenso wie die anderen Völker Westeuropas lehnen wir Demokraten ihn nicht ab. Aus der Ostzone können wir nichts erhalten, und die Oststaaten einschließlich Rußlands sind zu einer Hilfeleistung für Europa überhaupt nicht fähig. Wir müssen uns aber von vornherein darüber im Klaren sein, daß es beim Marshall-Plan nicht um Deutschland allein geht, sondern in erster Linie um Westeuropa, und zwar ganz besonders um England, Frankreich und Italien. Wir würden uns freuen, wenn sich auch der Osten daran beteiligen würde. Doch so viel steht fest, daß der Plan ein geeignetes Mittel ist, unsere zerstückelte Wirtschaft allmählich unter eigener Verantwortung und eigener Initiative wieder aufzubauen.

Dabei ist die Hauptsache die, daß die Hilfe rasch kommt, und daß man nicht zögert wie in den Jahren 1930 bis 1932, ebenso wie man einem Adolf Hitler zu spät entgegengetreten ist. (Sehr richtig!) Wenn wir uns für den Plan einsetzen, so gehen wir hierbei von wirtschaftlichen und staatspolitischen Erwägungen aus. Unser Ziel ist nach wie vor der Zusammenschluß der deutschen Länder, und wir wünschen nichts sehnlicher, als die baldige Errichtung einer wirtschaftlichen Zentralinstanz, wozu der derzeitige Wirtschaftsrat als Grundlage dienen könnte.

Wir lehnen aber die Schaffung autonomer deutscher Staaten, wie sie von schwäbisch-alemannischen Heimatlern auf stammesmäßiger Grundlage gefordert werden, ebenso entschieden ab, wie den preußischen Zentralismus im Zeichen von Hammer und Sichel (Lanzanhaltender Beifall)

Die SED fordert den nationalen Einheitsstaat m. E. nur als „Mittel zum Zweck“. Ueberall hängt sich der Kommunismus ein nationales Mäntelchen um. Wir sehen aber an den Vorgängen im Osten und auf dem Balkan, daß der Kommunismus nichts anderes bedeutet als Herrschaft einer Minderheit oder Errichtung einer neuen Diktatur mit all ihren Auswirkungen der Knechtschaft und Unfreiheit. Die Liberal-Demokratische Partei der Ostzone hat gegen die bessere Einsicht einer Minderheit den Marshall-Plan ebenfalls abgelehnt. Von dieser Richtung Köln wünschen wir uns deutlich zu distanzieren und wünschen auch kein Zusammengehen, und zwar so lange, bis sie gelernt hat, europäisch und nicht asiatisch zu denken. (Starker Beifall)

Durch die Gründung der Kominform in Belgrad hat der Kommunismus zum Gegenstand gegen den Marshall-Plan ausgeholt, den man als einen Versuch des amerikanischen Großkapitalismus darstellt, Europa zu beherrschen, obwohl der Plan in den USA von den beiden großen Gewerkschaften ebenfalls gebilligt wird. Diejenigen, die die Welteroberungspläne des Kommunismus kennen, wird es nicht abschrecken. Bedauerlich ist nur das eine, daß die bei Durchführung dieser imperialistischen Pläne in Anwendung gebrachten Gewaltmethoden alle unter dem Deckmantel der „Demokratie“ durchgeführt werden.

Es ist deshalb unerlässlich, daß die Ausfuhr von Rohstoffen für Reparationszwecke vorläufig abgestoppt wird, daß insbesondere der Export von Kohle und Strom auf eine gewisse Zeit unterbleibt.

Es wird in Deutschland keinen vernünftigen Menschen geben, der sich etwa der Wiedergutmachung für die von den Nazis angerichteten Schäden widersetzen wollte. Wir sind zu dieser Wiedergutmachung unbedingt bereit.

Im Geiste Stresemanns und Briands

Noch ist der Plan vom Kongreß nicht genehmigt, und wenn er kommt, wird nicht sofort ein goldenes Zeitalter eintreten, sondern er wird sich nur allmählich auswirken. Man sollte glauben, ein Land, das während des Krieges 116 Milliarden Dollar in einem Jahr ausgegeben hat, könnte ohne weiteres 16 bis 20 Milliarden Dollar für „Werke des Friedens“ ausgeben, doch heute sind andere Überlegungen maßgebend wie früher. Wenn wir die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten richtig verstanden haben, so ist die unerlässliche Voraussetzung für die Durchführung des Planes die Herbeiführung einer absolut politischen Stabilität, bei der keinerlei Furcht vor neuen Angriffen aufkommen kann.

Es erhebt sich nun die Frage, wie stellen sich Frankreich und andere vom Krieg schwer heimgesuchte Länder zu unserer Teil-

nahme? Nach französischer Meinung sollten die Kredite für Wiederaufbau in erster Linie denjenigen zugutekommen, die deutschen Angriffen ausgesetzt waren, und dann soll erst Deutschland in den Genuß derselben kommen. Dazu werden aber noch Garantien gegen eventuellen Mißbrauch der Kredite gefordert. Aus dieser Haltung spricht die Sorge vor einem wiedererstickten Deutschland. Nach alledem, was Frankreich in wenigen Jahrzehnten hintereinander hat hinnehmen müssen, ist diese Sorge vor neuen Angriffen menschlich verständlich. Wir wollen durch unsere Haltung im Geiste Stresemann-Briand dazu beitragen, daß diese Sorgen gegenstandslos werden. Wir hoffen, daß die in Potsdam beschlossene wirtschaftliche Einheit Deutschlands, die die Vorstufe für die politische Gestaltung bilden soll, zum Fundament für einen dauernden Frieden für Frankreich wird. (Beifall)

Für Ausgleich der Gegensätze

Das Verstehen im europäischen Völkerleben muß Bestandteil unseres innerstaatlichen Lebens werden. Um so mehr bedauere ich, daß Herr Staatsrat Carlo Schmitt in seiner programmatischen Rede anlässlich des Landesparteitags der Sozialdemokratischen Partei in Offenburg erklärt hat, daß die bürgerlichen Parteien die „Paladine des Restkapitalismus“ seien, sie würden deshalb an dem Problem des Lastenausgleichs zerbrechen. Wir überlassen es den beiden Koalitionspartnern, sich über diese Streitfrage auseinanderzusetzen.

Aber für uns, auch als Oppositionspartei, ist es selbstverständlich, daß den Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen, Ausgehoblen und Flüchtlingen nicht mit Worten, sondern nur durch die Tat geholfen werden kann.

Wir können nicht dulden, daß ein Teil unseres Volkes sich im Kriege seinen Besitz erhalten, ja teilweise vergrößert hat, während ein anderer Teil nur noch das sein Eigen nennt, was er buchstäblich auf dem Leibe trägt, also gar nichts mehr besitzt. Es ist ein Akt der Gerechtigkeit und christlichen Denkens, daß hier Opfer gebracht werden müssen, und wir sind hierzu auch bereit. Wir wissen aber auch, daß den Kriegsbeschädigten und anderen damit nicht gedient ist, daß man den Herrn zum Bettler macht, wie man das im Zuge der Entnazifizierung bei uns in Baden versucht hat, sondern nur dadurch, daß man einen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeiführt. Sie sind nicht Gegensätze, sondern auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Wir stehen auf dem Boden der Gleichberechtigung und verlangen die verfassungsmäßige Koalitionsfreiheit für beide Teile.

Auch Stadt und Land sollen sich nicht feindlich gegenüber stehen, sondern sie sollen sich gegenseitig ergänzen. Wenn da und dort ein Bauer seinen Pflichten der Allgemeinheit gegenüber nicht nachgekommen ist, so ist das eine Ausnahme. Unseren Bauern gebührt unser Dank für ihre Leistungen auf dem Gebiet der Volksernährung unter den heute so schwierigen Verhältnissen. Man sollte auch ihnen mehr Freiheit lassen in Anbau und Bewirtschaftung, statt sie ständig mit Strafen und Kontrollmaßnahmen unter Druck zu setzen. Zwang erzeugt Staatsverdrossenheit, Rat und Hilfe schafft Leistung und Liebe zur Arbeit. Wir wehren uns mit allen Kräften gegen diejenigen, die — genau wie 1918 — sich eifrig bemühen, durch Verfolgung ihrer unfruchtbareren sozialistischen Dogmen den Gedanken des Klassenkampfes künstlich am Leben zu erhalten.

Derselbe Herr Staatsrat C. Schmitt hat weiter die Behauptung aufgestellt, daß vor einem Jahr die bürgerlichen Parteien so etwas wie ein angeritztes Gewissen und das Gefühl gehabt hätten, daß das Ausland in ihnen die Rechtsnachfolger derer sehen könne, die Hitler zur Macht verholfen haben. Wir sind nicht Beauftragte irgendwelcher Interessengruppen, wie z. B. die Sozialdemokratie und die Kommunisten für sich in Anspruch nehmen, allein die Werktätigen zu vertreten.

Es steht bewußt in den führenden Stellen unserer Partei im Großen wie im Kleinen nicht ein Einziger, der irgendwie mit Adolf Hitler sympathisiert hätte, und ich darf in diesem Zusammenhang auf meine Rede im Landtag am 4. August ds. Js. verweisen, worin ich ausdrücklich darauf hingewiesen habe, daß wir es ablehnen, ein Sammelbecken reaktionärer Kräfte zu werden. Im übrigen wäre es reizvoll, die Widerstandskraft der ehemaligen Linksparteien gegenüber den Verlockungen des Nationalsozialismus einer näheren Prüfung zu unterziehen. (Sehr richtig!)

Ebenso werden wir jeden Versuch ablehnen, aus uns so eine Art „Mittelstands- oder Wirtschaftspartei“ zu machen. Wir werden unseren Idealen keinesfalls untreu werden, sei es auf kulturellem, sozialem oder politischem Gebiet. Im „Volk“ vom 18. ds. Mts. lesen wir, daß wir uns der Zusammenarbeit mit den beiden anderen Parteien in der badischen Regierung aus grundsätzlichen und persönlichen Erwägungen verschlossen hätten. So sehr die SPD angesichts der gewaltigen Not des kommenden Winters für die Sammlung aller Kräfte sei, so sehr sei sie doch andererseits entschlossen, sich dabei nicht durch die Opposition einer kleinen Gruppe „reaktionär eingestellter Persönlichkeiten“ stören zu lassen.

Ich stelle dem unsere absolut klare und loyale Haltung bei der Regierungsbildung gegenüber. Wenn die Große Koalition ge-

scheitert ist, so nur durch den Unfall des größten Teils der BCSV-Fraktion und durch die übersteigerten Machtansprüche der SPD, die auch in den vorhin erwähnten Anklagen gegen uns deutlich zu verspüren sind. Ich darf weiter daran erinnern, daß in der entscheidenden Abstimmung über die Besetzung des Wirtschaftsministeriums acht Vertreter der BCSV mit uns mit „nein“ gestimmt, während sich weitere acht Mitglieder der gleichen Fraktion der Stimmen enthalten haben. Bei insgesamt 58 anwesenden Abgeordneten waren praktisch 25, also nahezu die Hälfte des Landtags, mit uns und ich glaube, diejenigen, die auf unserer Seite mit uns gestimmt haben, würden es sich sehr verbitten, als eine „kleine Gruppe“ reaktionärer Persönlichkeiten bezeichnet zu werden. Jene Kreise müssen sich für die nächste Zeit damit abfinden, daß das badische Volk am 18. Mai 1947 bei der Abstimmung über die Verfassung mit 68 Prozent — also mit überwiegender Mehrheit — den Staatssozialismus abgelehnt und sich zur freien Wirtschaft bekannt hat. Leider hat der Mehrheit der BCSV-Fraktion der Mut gefehlt, den Willen des Volkes in die Tat umzusetzen.

Wirtschaftsminister Wildermuth über deutsche Ziele

So lehnen wir grundsätzlich jedes unbegrenzte Machtstreben entschlossen ab.

Deutschland zwischen West und Ost

Dies gilt auch für eine einmal wieder mögliche deutsche Außenpolitik. Dies mag vermessen erscheinen, da nach der bedingungslosen Kapitulation die deutsche Staatshoheit durch den Kontrollrat der Sieger ausgeübt wird. Und doch ist es nur eine Selbstverständlichkeit, daß in einer Zukunft, die wir alle noch erleben werden, das deutsche Volk wieder berufen sein wird, auch in seinem Verhältnis nach außen selbständige Entscheidungen zu treffen.

Für diese Entscheidung ist unser fester Grundsatz, Deutschland kann nur noch in einem verbundenen Europa leben, dessen Idee heute außerhalb Deutschlands schon klar vertreten wird,

am stärksten von Churchill, dem englischen Staatsmann, aber doch auch schon ganz deutlich von führenden französischen Persönlichkeiten. Europa, das bedeutet die Verständigung zwischen dem französischen und dem deutschen Volk.

Wir dürfen uns keine Illusionen machen, wie schwer eine deutsch-französische Verständigung ist. Die Geschichte von Jahrhunderten scheint zwischen uns zu stehen und ein Strom von Blut und Tränen uns zu trennen. Es nützt auch nichts, wenn wir uns darauf beschränken, zu sagen, daß Frankreich nun das Wort hat.

Man spricht heute sehr viel von Krieg und Kriegsgefahr und verfolgt mit nervöser Unruhe jeden Ausdruck der Gegensätze der beiden planetarischen Mächte. Ich glaube nicht an eine akute Kriegsgefahr. Niemand sucht heute einen Krieg, dessen Folgen unabsehbar und für uns Deutsche vernichtend wären. Aber es bedarf keiner abwegigen Phantasie, sich vorzustellen, daß ein verbundenes Europa in der Lage ist, sich aus diesen Gegensätzen herauszuhalten und vielleicht sogar eine Mittlerrolle zu übernehmen, die einmal eine deutsche Aufgabe hätte sein können. In dieser Erkenntnis müssen wir aufmerksam alle Anreize verfolgen, die für eine Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses von dritter Seite gegeben werden. Es gibt kein Deutschland ohne Europa, aber es gibt auch kein Europa ohne Deutschland.

Die Wirtschaft ist das Schicksal

Dies prophetische Wort unseres Freundes Rathenau, der von Mörderhand für ein freies Deutschland fiel, wird heute von jedem Einzelnen von uns am eigenen Leibe gespürt. Das Zwangssystem der Bewirtschaftung, das vom Nationalsozialismus für die Kriegsrüstung geschaffen wurde und das heute durch den Mangel an Gebrauchsgütern und Lebensmitteln aufrecht erhalten wird, ist, wie wir alle wissen, am Ende seiner Möglichkeiten angelangt.

Handgreiflich ist dies für alle Fragen des Exports, von denen unsere Ernährung

öffentliches Leben verseucht, ein für allemal auszutügel.

Meine Damen und Herren! Sie sehen, gewaltige Aufgaben müssen gelöst werden, große Entscheidungen stehen noch bevor. Wir können aus unserer schwierigen Lage, aus unserer politischen und wirtschaftlichen, ja unserer seelischen Not nur herauskommen auf dem Boden einer wirklichen Demokratie. Nun hat das Wort „Demokratie“ bei manchen von uns einen bitteren Beigeschmack, und viele haben Zweifel an ihr, weil sie, wie nach 1918, den verlorenen Krieg und den daraus entstandenen völligen Zusammenbruch mit der Staatsform verwechseln und diese für unsere Not und unser Unglück verantwortlich machen. Es ist das Tragische an unserem deutschen Schicksal, daß wir die Demokratie errichten wollen und müssen in den Tagen des größten Unglücks. Wir haben schon einmal eine gehabt nach 1918, die uns die Weimarer Republik gebracht hat. Nach einer anfänglich großen Begeisterung hat sich aber unser Volk von ihr abgewendet. Warum? Weil ihm die Demokratie damals plötzlich als reife Frucht in den Schoß gefallen ist und viele damit nichts anzufangen wußten, also weil es zu wenig überzeugte Demokraten gegeben hat, die bereit waren, für ihre Überzeugung zu kämpfen.

Die Demokratie muß erkämpft sein, wenn sie Bestand haben soll, wie die Beispiele der anderen demokratischen Staaten zeigen. Und eine Demokratie muß mit demokratischem Leben erfüllt werden, sonst nützt die beste Verfassung nichts. Jeder Deutsche muß sich als Demokrat fühlen und danach handeln. Die Demokratie muß vorgelebt, sie muß erlebt werden. Sie ist der einzige Weg, der aus dem dunklen Tal des Jammers und des Elends wieder hinausführt zu den hellen Höhen der Freiheit und des Wohlstandes. Im Gegensatz zu 1918 muß sie mühsam Schritt für Schritt erkämpft werden. Und das, was man sich in harter Arbeit erworben hat, wirft man nicht leichtfertig wieder weg. Deshalb hoffe ich, wird unsere werdende Demokratie Bestand haben, aber nur dann, wenn wir uns bemühen, in allen unseren Handlungen Demokraten zu sein! (Langanhaltender Beifall)

und damit unser Leben abhängt. Dankbar begrüßen wir es, daß die Besatzungsmacht in letzter Zeit Schritte getan hat, die die Länder und indirekt die ausführenden Erzeuger am Ergebnis der Ausfuhr interessieren sollen. Aber wir glauben, daß wir auf diesem Weg noch weiter gehen müssen und daß nur die Freiheit des Exporteurs im Verkehr mit seinen Kunden und im Abschluß seiner Verträge eine Erhöhung der Ausfuhr gewährleistet.

Man gebe unserer Exportindustrie die Freiheit, die sie braucht, und man wird staunen über die Ergebnisse, die sie erreichen wird. In dieser Erkenntnis bereiten die Wirtschaftsminister der Länder der französischen Zone Vorschläge vor, die gemeinsam mit der Besatzungsmacht unser Wirtschaftssystem auf neue Grundlagen stellen soll. Aber Freiheit des Handelns und der Verantwortung bedarf nicht nur der Exporteure, sondern sie sind notwendig für jeden wirtschaftenden Menschen, für den Handwerker so gut wie für den Unternehmer, für den Bauern wie für den Arbeiter. Wir müssen aus dem System des Zwanges heraus.

Ziel und Richtung

Man erwartet wohl von dem Mann, der die Verantwortung für die Wirtschaft eines kleinen Landes trägt, Vorschläge für die Behebung der uns alle drückenden täglichen Sorgen. Wohl kein Außenstehender ermißt, wie begrenzt die Verantwortung durch die harte Wirklichkeit heute ist. Aber es ist nötig, daß wir den Blick von Zeit zu Zeit von den Sorgen des Tages erheben, um Ziel und Richtung für unseren schweren Weg festzulegen. Denn riesengroß droht uns die Gefahr, daß wir Ziel und Richtung verlieren in der Engstirnigkeit und Beschränkung des kleinen Kreises oder bewegt von unklaren Gefühlen, die uns dann hinreißen, wieder einem Mephisto zu folgen, der uns in einen Aufbruch hineinführt, an dessen Ende der endgültige Untergang steht. Wir wissen, daß uns nur harte Arbeit helfen kann, und der Weg, der vor uns steht, lang und schwer ist. Immer wieder werden wir mit kühlem Verstand unserer heftigen Herz bändigen müssen, damit es nicht verzweifelt oder von der klaren Aufgabe ausbricht. Aber wir wissen auch, daß uns eines geblieben ist, das uns die Möglichkeit zu einem menschenwürdigen Leben wieder erschließt: Unsere Arbeitskraft und unser Arbeitswille, wenn wir sie nur von klarer Erkenntnis geleitet richtig einsetzen.

Vor 100 Jahren haben hier in dieser Gegend kühne Männer den Anspruch auf eine freie Gestaltung eines deutschen Staates gegen Gewalt, Beschränkung und Reaktion erhoben. Wir wollen uns von ihnen nicht beschämen lassen, sondern tanzen unsere unsagbar schwere Aufgabe anpacken.

Nach einem Dankeswort an den Redner dessen von tiefem Ernst getragene eindringliche Ausführungen schloß der Versammlungsleiter die Kundgebung, die die Stadtkapelle Lehr mit ihren musikalischen Darbietungen umrahmte.

BEKANNTMACHUNGEN

In Ausführung des Befehls Nr. 211 vom 22. August 1947 des Herrn General Administrateur betr. Kontrolle der Führer...

Jungvolk usw. (nur männliche Mitglieder); vom Gefolgschaftsführer und Gleichgestellten an aufwärts...

Bekanntmachung an alle aus französischer Gefangenschaft entlassenen deutschen Kriegsgefangenen.

Kleinpflanzer-Tabak-Umtausch. In der Zeit vom 3. November 1947 bis 31. Januar 1948 können in unserem Werk in Lahr, Industriehof...

Willi Göhringer im schönsten Alter von nahezu 26 Jahren in französischer Kriegsgefangenschaft verstorben ist...

Französische Familie bietet tüchtigem, ehrlichem, seriösem Hausmädchen für alles, vorteilhafte, dauernde Stellung ab Januar 1948...

AN- UND VERKAUFE Kleinh. Telegraf. Schreibmaschinen, Modell T 36, zu kaufen gesucht...

ZU MIETEN GESUCHT Biete: Küche, Zimmer, Mansarde, Bad, Balkon, Keller, Abstellraum...

HEIRATEN Einheirat in Brauerei u. Mälzerei bietet Dame, Mitte 20, hübsche Erscheinung...

HARMONIE Lichtspiele Freiburg i. Br. Nur noch bis mit Donnerstag! Ein Blick zurück

Carl Haenle ist heute früh im 84. Lebensjahr in Gottes Frieden heimgewandert.

STELLENGESUCHE Ingenieur, allgem. Maschinenbau, mit guten Referenzen sucht neues Betätigungsfeld...

VERMIETUNGEN Schöne 2-Zimmer-Wohnung in Lahr mit Küche an kleine, ruhige und ehrliche Familie in Bälde zu vermieten...

VERLOREN-GEFUNDEN Am 3. Oktober 47 wurde am Hohenbergsee blaue Stoffjacke für 12-jährigen Jungen verloren...

Einheirat in Kaffeehaus bietet Witwe, Anfang 50, mit erbbl. Barvermögen und Grundbesitz...

UNION THEATER Freiburg i. Br. Nur noch bis mit Donnerstag! Seine Tochter ist der Peter

STELLENANGEBOTE Die Stadtverwaltung Lahr sucht zum sofortigen Eintritt zwei in Stenographie u. Schreibmaschine perfekte Schreibkräfte...

Geschäftliches Heilpraktiker Franz Hepper, Freiburg i. Br., Turrenstraße 17 a. Sprechst. Mittwoch, Donnerstag und Freitag...

TAUSCHGESUCHE Fast neuwertiger LKW Citroën, 1,5 Tonnen, unbereift, Benzinmotor, gegen bereiften PKW zu tauschen...

VERSCHIEDENES Schreibmaschine aus privater Hand zu mieten gesucht, Sicherstellung des Wertes in Waren gewährleistet...

Einheirat in Arztpraxis von Jg. Dame, 27 J., led., 1,68, flotte Erscheinung, Bürgermeister, Anf. ledig...

Saalbau 'Drei Könige' Offenburg Mittwoch, 29. Oktober 1947, 7.30 Uhr - Orchesterverein Offenburg - Kammeränger Marcel Wittrisch

Stenotypistin zum sofortigen Eintritt in Dauerstellung nach Lahr, gesucht. Angeb. an Postfach 270 in Lahr.

Antiquitäten, Möbel, wenn auch beschädigt, wie Kommoden, Schränke, Sessel, Tische, Uhren, ferner Zinn, Porzellan, Gemälde, Teppiche, Kunst u. Schmuck...

Kinderbuchstube, Stubenwiege (gebraucht), Matratzen u. Kissen, Kinderklappstuhl, 2 Paar Kinderschuhe, Größe 24-26...

Briefmarken-Preisliste OTO KÖHNE (1) Berlin-Karlshorst 461, Trautenaue Straße 16, Fachgeschäft seit 25 Jahren

Heil. sonn. Mädel, 23 Jahre, aus bester Fam., verm., häusl. erz., hübsche Erscheinung, ers. Neigung...

Weltweite Erfahrungen schaffen Vollkommenheit DEUTSCHE SHELL AKTIENGESELLSCHAFT

Gute Verdienstmöglichkeit bietet für den Außendienst (franz. Zone Baden) bei intensiver Arbeit geeigneten Herren unser Institut...

Wer verpachtet ab 1. Januar 1948 in Lahr und Umgebung seines Grundstück (Wiese), wenn möglich mit einigen Obstbäumen...

Kinderschuhe, Gr. 26, gegen Gr. 31 oder 35 zu tauschen gesucht. Angebote unter Nr. 3655 S an 'Das Neue Baden', Lahr.

TIERMARKT Kräftiger Zugoche abzugeben geg. Nutz- und Zugkuh. Mahlgew. Schloßbergstraße 5. (3676)

Viele fanden ihr Glück durch die große Organisation des Briefbundes 'Den Lebenskameraden'...

Zum Säubern machen HENKEL-Sachen! Die Persilwerke liefern Ihre bewährten Wasch u. Reinigungsmittel nach wie vor in Originalpacketen...

Helft der Jugend!

Nach dem mit starkem Beifall aufgenommenen Appell, den die Frauenvertreterin in der demokratischen Landtagsfraktion an die Frau und für die weibliche Jugend richtete, klang die große seelische, moralische und auch materielle Jugendnot in ihrem tiefen Ernste aus den Ausführungen von Generalsekretär Wolf heraus. Dabei wollte er unter „Jugend“ im politischen Sinne die Menschen bis zu 40 Jahren verstanden wissen, die neu- oder umlernen müßten. Man wird, so sagte er, drei verschiedene Gruppen unterscheiden müssen:

Die Gruppe der 17jährigen und jüngeren, die weder den Nationalsozialismus noch die Weimarer Demokratie erlebt hat, wird der neuen Zeit am unbefangenen gegenüber stehen. Sie ist mit keinem Vorurteil belastet. Das Schwergewicht ihrer politischen Willensbildung liegt bei Elternhaus und Schule.

Die Gruppe der 18 bis 30jährigen stand ganz unter dem Einfluß des Nationalsozialismus, der insbesondere das Elternhaus ausschaltete und sich der Schule schrankenlos für seine Zwecke bediente. Diese Menschen kennen die Demokratie nur aus den historisch falsch geschilderten Bildern der Vergangenheit. Sie müssen daher völlig umlernen.

Die dritte Gruppe der 31 bis 40jährigen hat wohl noch die letzten Zuckungen der Demokratie erlebt, fiel aber mit dem für die Eindrücke empfänglichsten Lebensalter gleichfalls in der Zeit des Dritten Reiches, dessen Kennzeichnung die Uniformierung des Geistes und die gesteuerte Meinungsbildung war.

Gerade die Angehörigen der letzten beiden Gruppen stehen heute enttäuscht und teilnahmslos dem politischen Leben gegenüber. Ihr einstiges Ideal ist zertrümmert; die Jugend fühlt sich unverschuldet durch die Zugehörigkeit zum Nationalsozialismus belastet. Sie empfindet die Amnestie als Gnade, nicht aber als Recht. Dazu kommt die materielle Not.

Die Jugend sucht nach neuen Idealen — aber sie findet sie nicht. Die Demokratie kämpft um ihre nackte Existenz und kann nichts bieten. Die Jugend sucht den ewigen Frieden und sieht die neuen Spannungen am politischen Horizont immer größer werden. Die Jugend will den Militarismus vergessen und sucht vergebens nach dem Beispiel in der Welt. Die Jugend will leben und sieht keine Zukunft. Dort liegen die Wurzeln der Teilnahmslosigkeit.

So sucht die Jugend nach Auswegen und Ablenkung. Auf der einen Seite führt der Weg zu Sport und Vergnügen, auf der anderen Seite aber führt er zum schwarzen oder grauen Markt und wird ebenso zur Gefahr für die Jugend wie die ansteigende Prostitution mit ihren unheilvollen Auswirkungen der Geschlechtskrankheiten.

Das Bild verdüstert sich durch die steigende Jugendkriminalität. Nun ist aber diese Jugend keine Staatsjugend, wie man sie fälschlicherweise im Dritten Reich nannte, sondern der Träger des Staatsgedankens der Zukunft schlechthin, der in erster Linie von den politischen Parteien getragen wird. Und damit wird das Jugendproblem zu einem Partei-problem. Die Jugend versteht diesen Gedanken vielfach falsch. Nicht Ichsucht leitet die Parteien bei dieser Arbeit, sondern das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Jugend und der von ihr als richtig erkannten Idee. Wir Alten gehen dem Grab entgegen, die Jugend dem Leben.

So steht vor uns die Frage, wie wir der Jugend helfen können. Wir müssen eine klare Politik treiben, die die Jugend versteht, denn sie strebt nach Ehrlichkeit, Sinn und Wert dieser Politik müssen erkennbar sein. Die Sprache muß einfach sein, denn Menschen, die dem Tod dutzendfach ins Auge gesehen haben, lieben nicht die Phrase, sondern die Tat. Sie verlangt Sauberkeit im Staatsleben und einen klaren Kurs. Die Jugend will helfen, aber sie muß erkennen, daß die Politik nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck für das Wohl der Allgemeinheit ist.

Wir müssen der Jugend neue Ideen geben, die große Idee der Völkerverständigung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, und ihr aus dem Leben der anderen Völker die Kraft dieser Idee beweisen. Nur in der friedlichen Zusammenarbeit der Völker liegt die Gewähr für den ewigen Frieden und damit für die Zukunft unserer Jugend. Und schließlich darf Demokratie nicht Phrase, sondern muß Erlebnis sein.

Die Jugend verlangt soziales Verständnis auf ihrem Weg nach neuen Idealen. Zeigen wir ihr das Christentum der Tat, das unter Opfern bereit ist, die ungeheure Not der Gegenwart zu lindern.

Zeigt der Jugend die Hohlheit des Klassenkampfgedankens, nachdem der Krieg alles nivelliert hat, und beweist ihr, daß wir ein Volk in Not sind, dessen Söhne nicht nach Abstammung und Vermögen, sondern nach Leistung und Charakter bewertet werden.

Und dann gebt der Jugend das Beste, das persönliche Beispiel. Nicht erziehen wollen

oder Versprechungen machen, sondern das entsagungsvolle Leben der Pflicht vorleben, das von dem hohen Idealismus unserer Weltanschauung ebenso getragen wird, wie von dem Pflichtgefühl gegenüber der Allgemeinheit. So wird die Demokratie der Jugend nahe gebracht.

Jung und Alt sind nicht Gegensätze, es sind Ergänzungen. Es kommt nicht auf die Zahl der Jahre an, sondern auf die Frische des Geistes und die Wärme des Herzens.

In diesem Gedanken wollen wir uns die Hand reichen, und über unserer Arbeit stehe das Wort:

„Nicht Jahre trennen Jung und Alt, der Geist allein schafft die Gestalt.“

Aussprache und Anträge

Der Nachmittag brachte dann die Debatte über die Referate und die drängenden politischen Probleme des Tages. Landtagsabgeordneter Stahl-Titisee machte sich als Landbürgermeister insbesondere zum Fürsprecher für die

Nöte der Landwirtschaft

Einleitend übte er scharfe Kritik an den Methoden der Entnazifizierung. Da ein Staatskommissariat für politische Säuberung bestehe, könne die Nebenregierung einer solchen selbständigen Abteilung im Wirtschaftsministerium nicht geduldet werden. Diese Dinge seien ein Teil des Mißtrauens gegen Wirtschaftsminister Leibbrandt.

Dann nahm Abg. Stahl kritisch Stellung zu der Unzahl von Landesverfügungen, zu denen der Landtag nicht gehört worden sei, so zur Aufstellung von Verteilungskommissionen, Umbildung der Ortsleistungsausschüsse, die gut gearbeitet hätten und zur Kartoffelversorgung. So stehe der diktierte Erzeugerpreis für Kartoffeln in keinem Verhältnis zu dem Preis, den der Verbraucher zahlen müsse. Im Frühjahr habe das Landwirtschaftsministerium den Bauern für zusätzliche Getreideablieferungen Prämien versprochen, aber bis heute habe das Ministerium die Prämien nicht angewiesen. Man könne es dem Bauern nicht verübeln, wenn er ministeriellen Versprechungen nicht mehr glaube.

Im vergangenen Monat habe die Landwirtschaft den Schweinebestand reduziert. Wenn man aber jetzt dem Bauern auch die Haushaltsschweine nehmen wolle, so bedeute dies einen ungeheuren Fehlgriff. Mit einer solchen Verordnung werde viel Porzellan zerschlagen; im landwirtschaftlichen Sektor dürfe man den Bogen nicht überspannen.

Abg. Vortisch-Lörrach ergänzte diese Ausführungen nach der juristisch-verfassungsrechtlichen Seite. Die badische Verfassung lege die grundsätzliche Freiheit der Landwirtschaft und die Vertragsfreiheit auch für Industrie und Gewerbe nach Maßgaben des Gesetzes fest. Ebenso könnten Erzeugungs- u. landwirtschaftliche Maßnahmen zur Sicherung und Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse aller Schichten des Volkes nur durch Gesetz angeordnet. Gesetze aber nur durch Beschlüsse des Landtags erlassen werden. Der Redner zeigte die Unmöglichkeit der Landesverfügungen unter Hinweis darauf auf, daß sie sich auf das Ermächtigungsgesetz und die nationalsozialistische Gesetzgebung stützen. (!) So könne die Verfassung niemals inneres Leben gewinnen, und so dürfe eine Regierung nicht mit der Verfassung umspringen.

Aus einer späteren Erklärung des Abg. Vortisch geht hervor, daß die Demokratische Fraktion im Landtag eine förmliche Anfrage eingereicht hat, aus welchen Rechtsgründen die Regierung der Ansicht sei, daß das Gesetz über Wirtschaftsmaßnahmen vom 3. 7. 34 (!), das dem Reichswirtschaftsminister diktatorische Befugnisse zuerkannt habe, dem Minister für Ernährung und Landwirtschaft das Recht gegeben habe, die Bewirtschaftungsmaßnahmen für Kartoffeln zu erlassen. Aus der Beantwortung der Anfrage werde die Partei die Konsequenzen ziehen.

Demokratie und Marshall-Plan

Mittelschuldirektor Venedey-Konstanz erinnerte an die Bestrebung der Volksbewegung des Jahres 1848/49, des Jahres 1918 und von heute, das staatliche Leben in Gerechtigkeit und Freiheit zu erneuern. Rechtzeitig müsse die Aufklärung über die große Zeit der badischen Geschichte vor 100 Jahren in das Volk hineingetragen und dieses darüber unterrichtet werden, was eigentlich Demokratie sei und wolle, nämlich den Geist der Toleranz im Volke zu verankern.

Zum Marshall-Plan übergehend warnte der Redner vor der Illusion, auf ihn zu große Hoffnungen zu setzen, damit das Volk bei einem etwaigen Scheitern nicht noch mehr enttäuscht werde. Zu den Referaten über Frauen- und Jugendfragen sei zu sagen, wenn die Jugend heute noch nicht die ihr zukommende Rolle spiele, so müsse man ihr mit größter Offenheit und Herzlichkeit die Hand reichen. Die Frage der Einheitsschule müsse gelöst werden in Abkehr von den Berechtigungsschulen mit ihren Privilegien. Ebenso wichtig sei die Frage der Frauenbildung. Er glaube nicht, daß es notwendig sei, daß die Frau im öffentlichen Leben in Erscheinung trete. Ihre politische Aufgabe liege in erster Linie im häuslichen Kreise als Erzieherin der Kinder. Zum Schluß setzte sich der Redner für Erhaltung

das Werk — und gibt die letzte Kraft, die uns die neue Heimat schafft.“

Die überzeugenden Darlegungen des Redners unterstrich der Landesvorsitzende Wort für Wort. Dr. Waeldin gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Worte von Generalsekretär Wolf insbesondere bei der Jugend auf fruchtbaren Böden fallen mögen. Aufgrund von Enttäuschungen sei sie heute in ihrem Entschluß noch schwankend. Sie werde den rechten Weg dann finden, wenn die Älteren ihr ein lebendiges Vorbild seien.

Nach einer kurzen Verhandlungspause betrat der Landesvorsitzende Dr. Waeldin das Rednerpult. Seine von staatsmännischem Ethos getragenen Ausführungen geben wir an anderer Stelle wieder.

der Frauenschulen und die Berechtigung der Frauen zum Universitätsstudium ein.

Redakteur Munding-Konstanz untersuchte die Beweggründe für die seltene und mit allen Mitteln der Verleumdung betriebene Gegnerschaft der Linken gegen den Marshall-Plan. Er erblicke in ihm, wie in der Rede Marshalls vor der Harvard-Universität, ein ethisches und menschliches Dokument. Der Plan habe den Gedanken des deutschen Wiederaufbaus in die Debatte geworfen, während bis vor kurzem von deutschen Rechten oder Notwendigkeiten überhaupt nie gesprochen worden sei. Wohl seien die Amerikaner nüchterne Rechner, für den Marshall-Plan dürfe man ihnen aber die moralische Motivierung nicht absprechen. Unter Hinweis auf östliche „Demokratie“ erklärte der Redner unter dem Beifall der Versammlung: „Wir wollen Hitler nicht mit einer anderen Mütze wiederssehen!“ Man stehe in einem historischen Augenblick der Demokratie und des Liberalismus, in dem in der ganzen Welt sich die demokratischen Kräfte zu mobilisieren beginnen.

Kreisschulrat Rauff-Villingen gedachte der großen demokratischen Vorkämpfer im

Land. Die große Erinnerung an das Jahr 1848 sei Mahnung und Verpflichtung, das Erbe der Väter nicht nur zu behüten, sondern endlich zur vollen Wirkung zu bringen und mit demokratischem Geiste Ernst zu machen. Man könne von Jahr in der vollen Ueberzeugung scheiden, daß das Erbe der Väter bei der Demokratischen Partei, dem Parteivorsitzenden und seinen Mitarbeitern in guten Händen ruhe.

Damit war die Debatte geschlossen. Zuvor hatte der Parteitag einstimmig folgenden

Antrag zur europäischen Zollunion

angenommen, den der Kreisverein Freiburg eingebracht hatte:

„Die Organe der Partei (Presse, Redner und Schrifttum) werden in den Dienst dieser Idee gestellt. Sie muß künftig im Vordergrund der Werbetätigkeit der Partei stehen. Nur durch ihre Verwirklichung werden die Grundrechte, die höchstmögliche Freiheit des Individuums und der allgemeine Wohlstand erworben und gesichert, welche die unbedingten Voraussetzungen für die Lösung der sozialen Frage bilden.“

Zur Begründung dieses Antrags führte der Sprecher des Kreisvereins Freiburg, Kaufmann Schlegel, aus, daß nach den Tragödien zweier Weltkriege sich bereits neue Gefahren abzeichneten, die die Zukunft verdunkeln würden. Wollte man eine neue Katastrophe verhindern, so müsse man rechtzeitig eine Wiederholung des Völkermordens verhindern. Ein Mittel hierzu sei die Schaffung einer europäischen Zoll- und Währungsunion. Wenn wir Deutsche uns besonders warm für diese Idee einsetzen, so deshalb, weil uns die Zukunft unserer Kinder am Herzen liege. Frankreich sei ebenso wie England für den Gedanken dieser Union reif, und auch das Echo der Weltpresse zeige, daß die Idee auf dem Marsche sei. Wir müßten unsere ganze Kraft für Frieden, Wohlstand und Versöhnung der Völker einsetzen, insbesondere für ein Zusammenleben mit dem großen Nachbarvolke Frankreich auf einer Basis, die alles ausschließt, was immer wieder zur Vergiftung der Atmosphäre beigetragen habe. (Einmütiger Beifall.)

Dr. Waeldin einstimmig wiedergewählt

Auf Vorschlag des Bgm. Marz (Neumühl) wurde nach Abschluß der Aussprache Landesvorsitzender Dr. Paul Waeldin einstimmig durch Akklamation zum Parteivorsitzenden wiedergewählt.

Dr. Waeldin dankte in herzlichen Worten für das ihm durch das einstimmige Votum bewiesene Vertrauen und fuhr fort: „Ich werde unablässig bemüht sein, die Partei so zu führen, wie sie im Interesse unseres Volkes und unserer Heimat geführt werden muß. Die Zeiten sind schwer, aber wir müssen dem materiellen und seelischen Druck trotzen. Wir müssen den Mut haben, den Blick in die Zukunft zu richten. Der schwere Weg, den ich zu gehen habe, wird

mir aber durch Ihr Vertrauen und Ihre Mithilfe erleichtert.“

Wahl des Parteivorstandes

Anschließend wurden zu Stellvertretern des Parteivorsitzenden die Abgeordneten Stahl (Titisee) und Vortisch (Lörrach) sowie Generalsekretär Wolf (Lahr), zum Schriftführer Dipl.-Ingenieur Weisser und zu Beisitzern Abg. Vielhauer (Freiburg), Dr. Bauer (Baden-Baden), Frech (Donauschingen), Meurer (Lahr), Dipl.-Ingenieur Dörr (Ueberlingen) und als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft junger Demokraten Klein (Gaggenau) einstimmig gewählt.

Das Ende des Parteitag

Nach Dankesworten des Abg. Stahl und Rechtsanwalts Voelcker vom Landesdirektorium Rheinland-Pfalz an die Stadt Lahr, Ortsverein, Quartiergeber, Generalsekretär Wolf und Parteibüro für die vorbildliche Vorbereitung und Durchführung des Parteitags ergriff Landesvorsitzender Dr. Waeldin das Schlußwort. „Der Parteitag ist zu Ende“, führte er u. a. aus, „Parteitag und Beratungen sind in der denkbar besten und würdigsten Form verlaufen. Es gibt nichts Schöneres, als für Freiheit, Menschenrechte, Duldsamkeit und Menschlichkeit zu kämpfen. Wir wollen eintreten für stark ausgeprägten Individualismus unter eigener Verantwortung des Menschen und gegen Vermassung. Der Mensch, der seinem eigenen Gewissen folgt, ist innerlich frei, und wenn der Einzelne nicht frei ist, ist auch die Masse unfrei. Freiheit hat ihre Grenzen und darf nicht in Zügellosigkeit ausarten.“

Wenn wir auch zur derzeitigen Regierung in Opposition stehen, wissen wir doch, daß wir Verantwortung mitzutragen haben. Da, wo wir es für richtig halten, werden wir zustimmen, und wo Anforderungen gestellt werden, die gegen unser Gewissen und unsere Ueberzeugung verstoßen, werden wir Nein sagen. Wir wollen Leitstern unseres Handelns sein lassen, der Not unseres Volkes zu steuern, dem Wiederaufbau zu dienen und dem demokratischen Gedanken Achtung und Ansehen zu erkämpfen.“

Generalsekretär Wolf machte sich zum Dolmetscher der Gefühle aller Versammlungsteilnehmer, als er dem Landesvorsitzenden herzlich dankte. Er schloß den Dank an den Gouverneur des Kreises Lahr für das Interesse an der Tagung an und erklärte unter dem Beifall der Versammlung: „Nehmen Sie die Versicherung von uns mit, daß wir im Geiste Briands und Stresemanns mitarbeiten wollen, damit unsere beiden Völker einer besseren Zukunft entgegengeführt werden.“

Damit hatte der 1. Parteitag der Demokratischen Partei seinen Abschluß gefunden. Im internen Kreise wurden am Montag noch Schul- und Kulturfragen erörtert.

Rückblickend darf man als Gewinn des Lehrer Parteitags feststellen, daß er in seinen programmatischen Bekundungen und in der nach demokratischem Grundprinzip vollständig freien Meinungsäußerung der Debattereder den Beweis für Einigkeit und Geschlossenheit der Demokratischen Partei erbrachte. Dies gilt, soweit es um badische Dinge geht, in erster Linie für die Oppositionsstellung, die die Partei in der Frage der Regierungsbildung bezogen hat, und auch die Koalitionspartner werden an dieser Einmütigkeit nicht vorübergehen können. Daß diese Stellungnahme der Partei von dem Gefühl tiefer Verantwortung getragen ist, gibt ihr den ganz besonderen Wert. Die Hoffnung jedenfalls, die allenfalls gehegt wurde, die Haltung der Parteiführung und Landtagsfraktion werde als Sprengkörper in den eigenen Kreisen wirken, ist zusehends geworden. Dazu hätte es des Parteitags allerdings nicht bedurft, aber er hat die Führung in ihrem Willen bestärkt, den angetretenen Weg entschlossen weiter zu gehen.

Noch auf einem anderen Gebiete hat sich diese Geschlossenheit und Einmütigkeit der Partei gezeigt, nämlich in der Einstellung zu grundsätzlichen Fragen der Wirtschaft. Ein Blick in die Teilnehmerliste des Parteitags hätte auch den verleumdungssüchtigsten Gegner von der Haltlosigkeit von Unterstellungen überzeugt, die Demokratische Partei sei eine „Wirtschafts- oder Interessentenpartei“. Um was es ihr geht, trat in Lahr ganz klar zu Tage: sie will nicht den Kampf der Klassen, sondern den Kampf der Leistung, der allein auch in der südbadischen Verfassung verankert ist. Sie darf für sich in Anspruch nehmen, die Partei der Verfassungstreue zu sein. Gerade wegen ihrer Verfassungstreue wehrt sie sich auch mit aller Entschiedenheit gegen die neuzeitliche Crotteske, daß sich die Regierungsoaxis auf Gesetze stützt, selbst auf das berüchtigte Ermächtigungsgesetz, die ein System der Rechts- und Gesetzlosigkeit erlassen hat. Wenn das badische Volk heute zur Urne gerufen würde, so ist außer jedem Zweifel, daß die Demokratische Partei wegen ihres entschiedenen Kampfes für Recht, Gesetz, Ordnung und Freiheit des Menschen aus allen Schichten und Ständen starken Zuzug erhalten würde.